

DIAS–Analyse

Nr. 23 • März 2008

Florian Schröder

Die Republik Polen

Eine Länderstudie

Florian Schröder

Jahrgang 1981, geboren in Oldenburg (Oldb.) und aufgewachsen in Frankfurt am Main. Seit 2002 Studium der Physik (Diplom, Hauptfach) und Geophysik (Nebenfach) an der J. W. Goethe - Universität Frankfurt am Main, Forschungsaufenthalte und Praktika in Schweden, Russland und Polen sowie im Deutschen Bundestag. Absolvent des Berufs-Kollegs für Internationale Politik und Wirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. .

Der Verfasser ist erreichbar unter mail@florian-schroeder.eu

Florian Schröder
Die Republik Polen – Eine Länderstudie, DIAS-Analyse Nr. 23, März 2008
Düsseldorf, März 2008

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
An der Heinrich-Heine-Universität
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2008, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG	1
INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN	2
AUSSENPOLITISCHE ANGELEGENHEITEN	4
SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN	5
SWOT-ANALYSE.....	6

EINFÜHRUNG¹

Die Republik Polen, Kurzform Polen, ist ein Staat in Mitteleuropa. Ihre Hauptstadt ist Warschau. Die Stadt ist gleichzeitig Regierungssitz und hat 1,7 Millionen Einwohner. Polens Gesamtfläche beläuft sich auf 312.685 km², davon sind 304.465 km² Landfläche. Die physische Geographie des Landes ist durch weite Ebenen geprägt, vergleichbar mit dem Norden und Nordosten der Bundesrepublik Deutschland. Entlang der polnischen Südgrenze verlaufen Gebirgszüge. Die höchste Erhebung des Landes liegt in dieser Region, der Rysy (dt.: Meeraugspitze) mit ungefähr 2500m Höhe über NN. Kohle, Schwefel, Kupfer, Erdgas, Silber, Salz und Bernstein sind die in Polen verfügbaren Bodenschätze.

Das Land grenzt im Osten an die Staaten Russland (Enklave Kaliningrad), Litauen, Republik Belarus und die Ukraine, im Süden an die Slowakische Republik und die Tschechische Republik, im Westen an die Bundesrepublik Deutschland sowie im Norden an die Ostsee.

Das Klima in Polen ist geprägt durch das Aufeinandertreffen feuchter atlantischer Luftmassen mit trockener kontinentaler Luft aus dem eurasischen Raum. Entsprechend wechselhaft und unbeständig, auch über die Jahre gesehen, gestaltet sich das Wetter. Im Norden und Westen des Landes sind milde, feuchte Winter sowie kühle Sommer mit starken Regenfällen die Regel. Im Osten dominiert das kontinentale Klima und beschert der Region scharfe Winter und heiße, trockene Sommer.

Polen hat mit Stand vom Juli 2006 etwas mehr als 38,5 Millionen Einwohner. Davon sind 96,7% polnischer Herkunft, ein Anteil von zusammen 0,6% gehört der deutschen, belarussischen und ukrainischen Minderheit an. Der verbleibende Anteil verteilt sich auf die übrigen Nationalitäten. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 122 Menschen pro km². Knapp 90% der Einwohner Polens sind römisch-katholischen Glaubens, nur 0,3% sind Protestanten.

71% der in Polen lebenden Menschen sind zwischen 15 und 64 Jahre alt. Der Altersschnitt liegt bei 37,3 Jahren, wobei die männliche Bevölkerung nur ein durchschnittliches Alter von 35,4 Jahren aufweist. Das Bevölkerungswachstum in Polen ist durch eine ausgeglichene Geburten- und Sterberate und eine vernachlässigbar geringe Migrationsrate nahezu neutral. 99,8% der Menschen über 15 Jahren sind des Schreibens und Lesens mächtig. 97,8% der polnischen Bevölkerung sprechen Polnisch, die Amtssprache des Landes.

Die polnische Geschichte und die seiner Bevölkerung sind geprägt durch wiederholte Teilung, Unterdrückung und Jahrhunderte lange staatliche Nichtexistenz. Bereits im 18. Jahrhundert nutzten Russland, Preußen und Österreich die damalige innere Schwäche Polens dazu aus, das Land gemeinsam zu überfallen und anschließend unter sich aufzuteilen. In dieser Dreiteilung fanden die polnische Freiheit und Polens Existenz als geeinter, unabhängiger Staat vorerst ihr Ende. In den Folgejahren kam es des Öfteren zu neuerlichen Änderungen am Grenzverlauf. Im österreichisch besetzten Landesteil konnten die Polen ab 1867 bedingt durch politische Reformen des Hauses Habsburg-Lothringen eine weitgehend unbeeinflusste Zuflucht finden. Aus dieser Region erwachsen dann die Wurzeln für die Unabhängigkeit Polens nach dem Ersten Weltkrieg 1918. In diesem Jahr wurden im Zuge der Ausarbeitung des Versailler Vertrags die Teilungsverträge aus dem 18. Jahrhundert für illegal erklärt. Die neu gewonnene Selbstständigkeit und Freiheit war allerdings nur von kurzer Dauer.

¹ Diese Länderstudie basiert auf den im April 2007 verfügbaren Daten und der damaligen politischen Lage.

Polen geriet in den Jahren 1919 bis 1939 im Zuge von Konflikten weltanschaulich, territorial und handelspolitisch motivierter Art mehrfach mit Nachbarstaaten in Streitigkeiten und kriegerische Auseinandersetzungen, bevor mit dem Zweiten Weltkrieg dann zunächst die erneute Aufteilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion anhand des „Hitler-Stalin-Paktes“ und nach Kriegsende die weitere Veränderung des Grenzverlaufs durch das Potsdamer Abkommen erfolgte. Schließlich fiel Polen vollständig in den Einflussbereich der Sowjetunion und wurde Teil des Warschauer Paktes. Es kam daraufhin immer wieder zu Unmutsäußerungen von Seiten der Bevölkerung, die mit der Rolle Polens als sowjetischer Satellitenstaat vielfach nicht einverstanden war. Diese blieben lange Zeit wirkungslos.

Erst die von den Arbeitern in den 1980er Jahren initiierten Streiks und Demonstrationen führten im Jahr 1989 Signal gebend für die zahlreichen Ereignisse allen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes zu einem drastischen Demokratisierungsprozess. Sie wurden wesentlich beeinflusst und vorangetrieben durch die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc“ (dt.: Solidarität), die im Laufe der Zeit zu einer gesamtgesellschaftlichen Sammlungsbewegung anwuchs. Anfang der 80er Jahre traten mehr als 75% der 12,5 Mio. Arbeiter in Polen, später auch viele Intellektuelle und Bauern, der Bewegung bei, die sich in der Folge für die Abschaffung der Parteiprivilegien wandte, sowie die Freilassung politischer Gefangener, Einführung von Pressefreiheit und Streikrecht, die Übertragung katholischer Messen im Fernsehen und die offene Diskussion über die damalige schwere Wirtschaftskrise forderte. Zuvor waren im Jahr 1980 die Lebensmittelpreise in Polen um 100% gestiegen.

Zahlreiche Streikwellen, mit der die Bewegung Druck auf das Regime ausüben wollte, führten schließlich zur Verhängung des Kriegsrechtes und zum Verbot der Solidarnosc. Im Jahr 1983 konnte Papst Johannes Paul II., selbst Pole und auch über seinen Tod im Jahr 2005 hinaus in seiner katholisch geprägten Heimat höchst angesehen und verehrt, die Aufhebung des Verbots bewirken. Da die Regierung in den Folgejahren den wirtschaftlichen Niedergang des Landes nicht zu stoppen vermochte und nachhaltiger Druck von innen wie außen wirkte, kam es im Jahr 1988 zum Machtverzicht des damaligen Staatsratsvorsitzenden Wojciech Jaruzelski und zur friedlichen Einleitung einer Beteiligung der Solidarnosc am politischen Geschehen.

Durch einen überwältigenden Wahlerfolg der Reformkräfte bei den ersten halb-freien Parlamentswahlen im Sommer 1989, denen langwierige Verhandlungen zwischen Vertretern der Solidarnosc und der kommunistischen Regierung vorausgingen, wurde in Polen der politische Einfluss der ehemaligen Staatsführung und ihrer Unterstützer schlagartig marginalisiert. Im Jahr 1991 wurden dann die ersten vollständig freien Wahlen durchgeführt. Die von Teilung und Unterdrückung durch ihre Nachbarstaaten gezeichnete Geschichte hat die polnische Bevölkerung jedoch auch über diesen Wendepunkt hinaus nachhaltig geprägt.

Anhand des Balcerowicz-Plans wurde die polnische Wirtschaft rasch in eine Marktwirtschaft überführt. Im Jahr 1999 trat Polen der NATO bei, im Jahr 2004 der Europäischen Union. Das deutsch-polnische Verhältnis war in jüngster Vergangenheit des Öfteren durch Spannungen gekennzeichnet. Hierbei spielen besonders die Entschädigungsforderungen einiger deutscher Vertriebenenverbände eine Rolle. Polen suchte im Laufe der 1990er Jahre die politische Nähe zu den USA wie kaum ein anderer Staat in Europa.

INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Polen ist eine Republik mit einem Zweikammernsystem, eine parlamentarische Demokratie mit starken präsidialen Elementen. Es gelten die Prinzipien des Rechts- und des Sozialstaates. Die aktuelle Verfassung trat 1997 in Kraft. Sowohl der polnische Senat (Oberhaus) mit seinen 100 Ab-

geordneten als auch der Sejm (Unterhaus), dem 460 Abgeordnete angehören, werden jeweils für vier Jahre gewählt und bilden die beiden Kammern des Parlamentes. Es existiert eine 5%-Hürde für Parteien und eine 8%-Hürde für Parteienbündnisse. Davon ausgenommen sind Gruppierungen nationaler Minderheiten. Polen ist in 16 Regionen, so genannte Woiwodschaften mit direkt gewählten Regionalparlamenten, und 314 Kreise, Powiaty, eingeteilt und wird somit dezentral verwaltet. Die Gemeinde stellt die kleinste Verwaltungseinheit dar. Den Woiwodschaften steht ein Vertreter der Staatsregierung vor.

Vom Volk direkt gewählter Präsident ist seit 23. Dezember 2005 Lech Kaczyński. Premierminister und damit Regierungschef ist seit 14. Juli 2006 sein Zwillingsbruder Jarosław Kaczyński. Sein Kabinett, der vom Parlament gewählte Ministerrat, besteht aus Mitgliedern eines als nationalkonservativ einzustufenden Regierungsbündnisses, das von der mitte-rechts Partei PiS (Prawo i Sprawiedliwość, Recht und Gerechtigkeit) geführt wird. Auch das Staatsoberhaupt gehört der PiS an. Die PiS erreichte bei den Parlamentswahlen im September 2005 etwa 27% der Stimmen und wurde so stärkste Partei. Sie bildet eine Koalition mit der radikalen Bauernpartei Samoobrona (Selbstverteidigung), die 11,7% der Stimmen erhielt und mit der LPR (Liga Polskich Rodzin, dt.: Liga Polnischer Familien, national-katholisch einzustufen), die 7,9% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Oppositionsparteien sind die liberalkonservative PO (Platforma Obywatelska, Bürgerplattform) mit rund 24%, die Demokratische Linke (SLD) mit rund 11% und die gemäßigte Bauernpartei PSL mit 7% der Stimmen. Alle anderen Parteien scheiterten an der 5%-Hürde. Die deutsche Minderheit ist mit 2 Abgeordneten im Sejm vertreten.

Aufgrund von Ereignissen im April 2007 steht Polen möglicherweise eine Regierungskrise bevor, die zu Neuwahlen führen könnte. Der bisherige Sejm-Marschall (Parlamentspräsident) Marek Jurek hat am 13. April 2007 seinen Rücktritt erklärt und ist aus der PiS ausgetreten, nachdem eine von ihm unterstützte Verfassungsänderung nicht die erforderliche Mehrheit im Parlament gefunden hatte. Auch zahlreiche Parlamentarier seiner Partei haben seiner Initiative ihre Zustimmung verweigert, was als Zeichen für eine ausgeprägte Lagerbildung in der ursprünglich aus zwei anderen konservativen Parteien hervorgegangenen PiS interpretiert werden kann. Weitere Austritte Jurek nahe stehender Abgeordneter der PiS werden für die nahe Zukunft vermutet. Am Ende dieser Entwicklung könnte die Gründung einer neuen Fraktion unter Jureks Führung und der Zerfall der PiS stehen. Neuwahlen wären aufgrund des Verlustes der Regierungsmehrheit die wahrscheinliche Folge. Der Vorsitzende der PiS und Regierungschef, Jarosław Kaczyński, hat jene bereits in Erwägung gezogen, zumal unsicher sei, ob man sich mit Samoobrona und LPR auf einen neuen Kandidaten für das Amt des Sejm-Marschalls einigen könne.

Aufgrund der existierenden Spannungen zwischen den beiden großen Parteien PiS und PO und weniger Koalitionsoptionen ist jedoch völlig offen, ob und wie nach einer Neuwahl eine andere Regierungskonstellation gebildet werden könnte.

Die Menschen- und Grundrechte werden in Polen grundsätzlich geachtet. Anlass zur Aufmerksamkeit geben vereinzelte Berichte über unverhältnismäßigen harten oder ungerechtfertigten Einsatz der Polizei, beispielsweise gegen Homosexuelle. Hinsichtlich der Pressefreiheit hat Polen noch Nachholbedarf: Die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ hat Polen in ihrer Rangliste der Pressefreiheit des Jahres 2006 auf dem 58. Rang geführt. Damit bildet es gemeinsam mit Rumänien das Schlusslicht der EU-Staaten. Insgesamt wurden 166 Staaten von der Organisation hinsichtlich Behinderung, Bedrohung oder gar Gewaltanwendung gegenüber Journalisten beurteilt.

AUSSENPOLITISCHE ANGELEGENHEITEN

Polen ist Mitglied der NATO und der EU. Es unterhält breitgefächerte Verbindungen zu einer Vielzahl von Staaten in Europa. Besonders organisiert sind die Beziehungen mit Frankreich und Deutschland („Weimarer Dreieck“) und zur Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn („Visegrad-Gruppe“). Sicherheitspolitisch orientiert sich Polen unmittelbar an der Politik der US-Regierung. Entsprechend beteiligt sich Polen auch an der aktuellen Irak-Mission und befürwortet die Errichtung eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa unter Kontrolle der USA. Diese freundschaftliche Nähe zu den Vereinigten Staaten liegt hauptsächlich in sicherheits- und finanzpolitischen Erwägungen begründet. Erstere sind sicherlich auf ein subjektiv empfundenes, historisch bedingtes besonderes Schutzbedürfnis zurückzuführen. Des Weiteren haben im 18. Jahrhundert viele Polen im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gekämpft. Nicht zuletzt deshalb bilden die Polen in den USA eine große Bevölkerungsgruppe, allein in Detroit leben über 500.000 Bürger polnischer Herkunft.

In unterschiedlichen Situationen bedient sich die gegenwärtige polnische Regierung der aus den Ereignissen der polnischen Geschichte erwachsenden Zurückhaltung und Skepsis der Bevölkerung gegenüber den Nachbarstaaten. In vornehmlich ländlich residierenden Teilen der Bevölkerung ist der Wunsch vorhanden, Polen international stärker und mehr wahrnehmbar positioniert zu sehen. Dieser folgt nicht nur aus der von Besetzung geprägten Historie des Landes, sondern auch daraus, dass aus Sicht dieser Wählerklientel die hart erkämpften Freiheit, die man erst seit den 90er Jahren für sich beanspruchen kann, noch nicht hinreichend ausgekostet worden ist und daher Abhängigkeiten zu Nachbarn vermieden oder verringert werden sollten. Die Regierung versteht es, durch nationalzentrierte Hardliner-Positionen in den Diskussionsrunden der EU 27 und anhand bilateraler Streitpunkte mit Deutschland und Russland diesen Wunsch ihr nahestehender Bürger nach mehr außenpolitischem Profil zu befriedigen. Konflikte und die Gefahr einer gewissen Isolation werden dabei in Kauf genommen. Doch nicht nur das Ziel der Wählerbindung, sondern auch der Blick in die Vergangenheit selbst dürften Grund dafür sein, den Nachbarstaaten mit einer gewissen Härte zu begegnen, um sich gegenüber diesen dauerhaft Respekt zu verschaffen.

Die Beziehungen der aktuellen polnischen Regierung zu den Anrainerstaaten und speziell zu Deutschland und Russland muss man daher aus genannten Gründen als wechselhaft und zeitweise angespannt bezeichnen. Dem EU-Verfassungsvertrag steht die Regierung Polens kritisch gegenüber, möchte sie doch eine Reihe eigener Interessen in einem solchen Vertragswerk berücksichtigt sehen. Sie möchte Polen unter anderem mehr Stimmgewicht zugestanden und einen klaren Gottesbezug in die Verfassung aufgenommen wissen. Vereinzelt Beteuerungen von polnischen Regierungsvertretern, besonders bei Staatsbesuchen, man sei nicht an einem Scheitern des Verfassungsvertrages interessiert und über die eigenen Ziele verhandlungsbereit, können über die europaskeptische Grundhaltung nicht hinwegtäuschen.

Im Rahmen des Wahlkampfes 2005 bediente sich die PiS wiederholt deutschfeindlichen Ressentiments. Diese fielen zusammen mit der Debatte über mögliche Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebenenverbände an Polen und den Bau eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin. Ein Zwischenfall vor der polnischen Küste, an dem ein deutsches Ausflugschiff und der polnische Zoll beteiligt waren und bei dem Schüsse gefallen sein sollen, sorgte ebenfalls kurzzeitig für diplomatische Verwicklungen. Die Bundesregierung bemüht sich nach Kräften um eine Aufrechterhaltung der seit 1989 stetig verbesserten und zwischenzeitlich guten Beziehungen zu Polen.

Russland als ehemalige Besatzungsmacht wird nach wie vor argwöhnisch beobachtet. Die Abhängigkeit Polens von russischen Energielieferungen und die anhand der Vorfälle zwischen Russ-

land und anderen Rohstoffabnehmern zu Tage getretenen Unwägbarkeiten und bilaterale handelsrechtliche Streitigkeiten im Lebensmittelbereich tragen nicht zu einer Verbreiterung der Vertrauensbasis zwischen beiden Staaten bei.

Sehr engagiert ist Polen hinsichtlich der Forderung nach einer Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union. Symbolhaft dafür ist die gemeinsame Ausrichtung der Fußball-Europameisterschaft 2012. Jenes Ereignis wird sich allerdings voraussichtlich auch auf die polnische Europabindung positiv auswirken.

SOZIOÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN

Polen hat nach 1989 in kürzester Zeit ein stabiles marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem etabliert. Das Wachstum des Bruttosozialproduktes lag im Jahr 2006 bei 5,3%, was primär auf einen belebten privaten Konsum durch steigende Reallöhne und einen sprunghaften Anstieg von Investitionen in Höhe von knapp 17% zurückzuführen ist. Ausländische Investoren investierten im vergangenen Jahr 10 Milliarden Dollar in das Land, über 100 Milliarden \$ seit 1990. Das Bruttosozialprodukt pro Einwohner entsprach mit 14,100\$ ungefähr dem der drei baltischen Staaten. Absolut belief sich das Bruttosozialprodukt auf 542,6 Mrd. \$. Davon entfielen 4,8% auf den Agrarsektor, 31,2% auf die Industrie und 64% auf den Dienstleistungsbereich. Die Teuerungsrate gehörte mit 1,3% zu den niedrigsten in der EU.

Trotz dieser positiven Entwicklung ist die Lage auf dem polnischen Arbeitsmarkt mehr als angespannt. Im Februar 2007 waren knapp 12% der Polen arbeitslos gemeldet. Dennoch ist dieser Wert vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Arbeitslosenquote Ende 2005 noch bei 18% lag. Die teilweise Öffnung des EU-Arbeitsmarktes für Menschen aus Polen erlaubte vielen, in Nachbarländern Arbeit zu finden. Da jedoch besonders auch gut qualifizierte Polen von dieser Möglichkeit Gebrauch machten und machen, wirkt sich das nicht zwangsweise positiv auf das Land aus. Einige Branchen und Regionen klagen bereits über einen Mangel an einheimischen Fachkräften.

Traditionell stark aufgestellt sind in Polen die Lebensmittelindustrie sowie der Maschinenbau und die Textil-, Elektro-, und Elektronikindustrie. Letztere befindet sich dank wachsender Computerproduktion im Aufwind. In der Industrie sind mit Stand von 2004 29% der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt, im Dienstleistungssektor 55%.

Der Landwirtschaftssektor war im Jahr 2004 Erwerbsquelle für 16% der polnischen Bevölkerung. Von den etwa 38% der Polen, die im ländlichen Raum leben, arbeitete sogar noch etwa jeder Vierte in einem landwirtschaftlichen Betrieb. 52% der Gesamtfläche des Landes war in jenem Jahr landwirtschaftliche Nutzfläche. Getreide, speziell Weizen und Roggen, sind die bedeutendsten Feldfrüchte, gefolgt von Kartoffeln, Futtermitteln und Zuckerrüben. In der Tierzucht haben Schweine und Rinder den größten Anteil. Im Süden des Landes ist auch die Schafzucht verbreitet. Im Gartenbau kann Polen Beerenobst und Apfelprodukte von sehr guter Qualität und großer Beliebtheit im In- und Ausland vorweisen.

Die Ineffektivität der mehrheitlich kleinflächigen Landwirtschaftsbetriebe und die damit verbundenen niedrigen finanziellen Erträge machen die polnische Landwirtschaft stark von Subventionen abhängig. Außerdem wird Armut in den ländlichen Regionen Polens vermehrt zu einem ernst zu nehmenden Problem. Zusammen mit dem drohenden Verlust traditioneller Werte und Bräuche durch zunehmenden westlichen Einfluss drohen gesellschaftliche Spannungen, die sich vor diesem Hintergrund wie beschrieben bereits in Reihen der Regierung manifestieren.

AUSBLICK / PROGNOSE

SWOT-ANALYSE

Strengths

Polen ist 17 Jahre nach dem Ende des Kommunismus in den meisten Bereichen ein Staat, der die westlichen Maßstäbe an einen modernen, wirtschaftlich kräftigen Rechtsstaat vollständig erfüllt. Polen ist aktiver Unterstützer der transatlantischen Beziehungen und somit wichtiges Bindeglied für die Europäisch-Amerikanische Kooperation. Das Land ist in den letzten Jahren attraktiv für internationale Investoren geworden, was sich konjunkturell deutlich niederschlägt.

Weaknesses

Die Regierung Kaczynski ist nur zögerlich bereit, den europäischen Integrationsprozess eigeninitiativ voranzutreiben. Durch das nachdrückliche Beharren auf national-staatlichen Interessen und die Bedienung europakritischer Ressentiments und historisch gewachsener Klischees bezüglich seiner Nachbarn wird Polen von außen vielfach als unverbindlich und wenig zugänglich für den europäischen Einigungsprozess wahrgenommen. Viele Bürger wenden sich gegenwärtig von der Politik ab, geringe Wahlbeteiligungen und qualitativ bescheidene Personalpools in der Politik sind die Folge.

Opportunities

Polen hat die „orangene Revolution“ in der Ukraine befürwortet und unterstützt. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung sich in ähnlicher Weise für einen Systemwechsel in Belarus einsetzen würde. Das gute Verhältnis Polens zu den USA könnte dabei helfen, die transatlantischen Beziehungen langfristig wieder besser nutzbar machen zu können.

Threats

Der Konflikt zwischen katholischen Traditionalisten und westlich orientierten Reformkräften wird Polen dauerhaft bewegen. Während in ländlichen Gegenden national-konservative und katholische Einflüsse die politische Meinung prägen, ist das Weltbild in den Städten klar von marktwirtschaftlich-gesellschaftsliberalen Vorstellungen gekennzeichnet. Man muss abwarten, welche Strömungen in Polen dauerhaft die Oberhand gewinnen können oder ob eine Koexistenz möglich ist. Davon wird die politische Ausrichtung des Landes langfristig abhängen.

In dieser Hinsicht wird auch die wirtschaftliche Entwicklung Polens eine Rolle spielen. Sollte der momentane Aufschwung nicht zu einer langfristigen Stabilisierung führen und die Arbeitslosigkeit sich wieder in Richtung der 20%-Marke entwickeln, ist der soziale Friede nachhaltig in Gefahr und werden europakritische Meinungsmacher – ungeachtet der Frage, ob sie im Recht sind oder nicht – einen fruchtbaren Boden vorfinden. Die Jahrhunderte lange Unterdrückung durch fremde Mächte führt bei einigen zu der Auffassung, man müsse die nach 1989 neu gewonnene Unabhängigkeit für mehr nationale Eigenständigkeit nutzen, anstatt sich nun zügig in die Europäische Union einzugliedern.

DIAS-Analysen

- | | | |
|----|--|----------------|
| 1 | Rainer Winkler
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002 | August 2003 |
| 2 | Rouven Klein
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas | Oktober 2003 |
| 3 | Michaela Hertkorn
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen) | November 2003 |
| 4 | Heiko Borchert
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task | Dezember 2003 |
| 5 | Heiko Borchert / Daniel Maurer
Comeback, Toolkit, or Dissolution? Five Scenarios for NATO's Future | Januar 2004 |
| 6 | Marc Houben
Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management | Juli 2004 |
| 7 | Michaela Hertkorn
Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance. One Year After the War in Iraq | August 2004 |
| 8 | Dimitrios Argirakos
Die Bush-Doktrin | November 2004 |
| 9 | Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld
Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull Factors" in the South | November 2004 |
| 10 | Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld
Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht. | November 2004 |
| 11 | Dustin Dehéz / Babak Khalatbari
Die regionale Dimension der Globalisierung. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft | Februar 2005 |
| 12 | Marwan Abou-Taam
Die Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft | Februar 2005 |
| 13 | Roman Schmidt-Radefeldt
Die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee? | April 2005 |
| 14 | Henrike Paepcke
Another U.N. Secretary-General soon Decapitated? | Mai 2005 |
| 15 | Babak Khalatbari
Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft | Juni 2005 |
| 16 | Dustin Dehéz
Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? – Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea | September 2005 |

- | | | |
|----|---|---------------|
| 17 | Cornelia Frank
Polens Sicherheitspolitik in der Transformation | Oktober 2005 |
| 18 | Dustin Dehéz
Somalia vor der Rückkehr der Übergangsregierung – Eine Anleitung zum Scheitern äußerer Interventionen | Oktober 2005 |
| 19 | Glenn Gassen
Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) | April 2007 |
| 20 | Marwan Abou-Taam
Terrorismus – die Operationalisierung eines Begriffs | Mai 2007 |
| 21 | Rana Deep Islam
Education in Afghanistan - A Requirement for Assuring Security an Development | November 2007 |
| 22 | Klaudia Köhn
Die Republik Tschechien | Februar 2007 |
| 23 | Florian Schröder
Die Republik Polen | März 2008 |
| 24 | Dominik Kneer
Länderanalyse Indonesien | März 2008 |
| 25 | Stefanie, Magin; Michael Schwarz
Internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik und die Asylpolitik westlicher Länder | März 2008 |
| 21 | Florian Schröder
Die Republik Polen – Eine Länderstudie | Monat 2008 |

DIAS ANALYSEN stehen über www.dias-online.org zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2007, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org